

Die Gesamtschulinitiative Kiel

– aber die zweite Gesamtschule für die
Landeshauptstadt ließ lange auf sich warten

Ursula Tolkmit

Im Stadtteil Neumühlen-Dietrichsdorf gab es schon seit 1980 eine Gesamtschulinitiative. Eltern, Lehrer und Politiker hatten erkannt, dass eine Gesamtschule in einem Stadtteil, der überwiegend von Arbeitern und Angestellten bewohnt wird, für viele Kinder eine unabdingbare Notwendigkeit ist, um ihre Chancen für eine gute Schulausbildung zu erhöhen.

Die Initiative kümmerte sich in den Jahren der CDU-Regierung, in denen jeder Weg zu Gesamtschulen per Schulgesetz verbaut worden war, um andere Verbesserungen des Bildungsangebots, wie z.B. ein 10. Schuljahr für alle Schülerinnen und Schüler.

Nach dem Regierungswechsel am 8. Mai 1988 beschlossen Mitglieder, eine Unterschriftenliste für die Einrichtung einer Gesamtschule in ihrem Stadtteil zu starten. Nachdem bis Juli ca. 200 Unterschriften vorlagen, stellte die Initiative beim Ortsbeirat Neumühlen-Dietrichsdorf den Antrag, sich für die Errichtung einer integrierten Gesamtschule einzusetzen. Gegen 2 Stimmen (CDU) beschloss der Ortsbeirat am 25.8.1988 einen entsprechenden Antrag an die Ratsversammlung.

Inzwischen veranstaltete unsere Initiative eine gut besuchte öffentliche Versammlung zum Thema Gesamtschule, zu dem der Leiter der Gesamtschule in Kiel-Friedrichsort eingeladen worden war. Die Diskussion verlief kontrovers, aber sachlich.

Immer wieder Vorbehalte und aktive Gegner

In dieser Phase unserer Bemühungen stießen wir noch auf sehr viele Vorbehalte der unterschiedlichsten Art. Da kam z.B. der Einwand, unser Stadtteil sei kein geeigneter Standort. Wir ließen uns nicht beirren; denn wir wussten, dass diese Schulform von vielen Bürgern gewünscht und von den örtlichen Politikern unterstützt wurde. Auch die SPD-Vertreter der Stadt taten sich anfangs schwer. Selbst Befürworter stöhnten über

unsere Eile und meinten, man wäre noch gar nicht so weit. An Info-Ständen sammelten wir weitere Unterschriften und überreichten schließlich 145. Erster Erfolg unserer Bemühungen war ein Beschluss der Kieler SPD-Rathausfraktion: Wir wollen eine zweite Gesamtschule für Kiel, und zwar auf dem Ostufer.

Jetzt wurden die Gesamtschulgegner aktiv. In einer CDU-Versammlung am 5.10.1988 trat der ehemalige Kultusminister Peter Bendixen auf den Plan. Die alten Diffamierungen gegen die Gesamtschule wurden aus der Schublade geholt. Leider fanden sie in den „Kieler Nachrichten“ ein Instrument, alle negativen Äußerungen über Gesamtschulen lückenlos zu veröffentlichen, während unsere Stellungnahmen, Pressemitteilungen, Leserbriefe usw. nur selten abgedruckt wurden. Ein regelrechter Schulkrieg wurde entfacht, Eltern und Lehrer des im Einzugsbereich liegenden Gymnasiums - in seinem Bestand übrigens nie in Frage gestellt - waren sich nicht zu schade, die Schüler zu Demonstrationen aufzuhetzen. Als schließlich die Entscheidung für den Standort Dietrichsdorf gefallen war, ging dort derselbe „Zauber“ an der Realschule los. Massive Beeinflussung der Eltern über ihre Kinder hatte das Ziel, den Beschluss zu kippen. Hier noch eher verständlich, da dieser Beschluss ein Auslaufen der Real- und der Hauptschule zugunsten der Gesamtschule vorsah. Vor Ort hatte inzwischen der SPD-Ortsverein eine eigene Veranstaltung zum Thema durchgeführt, die umzuwandelnde Grund- und Hauptschule hatte auf Initiative des Elternbeirates ebenfalls einen Info-Abend veranstaltet. Aber die Negativ-Information war immer noch beherrschend.

Im Dezember, nach Einholung der Voten von Elternbeiräten und Lehrer-Kollegien, wurde der Antrag von der Ratsversammlung beschlossen und an das Kultusministerium weitergeleitet. Die Genehmigung erfolgte im Januar 1989. Aufgrund des noch bestehenden alten Schulgesetzes konnte vorerst nur die Einrichtung als Schulversuch beschlossen werden.

Ein großes Problem war die ablehnende Haltung der Lehrerkollegien an den bestehenden Haupt- und Realschulen, die zwar nicht immer grundsätzlicher Art war, aber die eigene Schule verschont wissen wollte. Da waren sich denn auch GEW- und SPD-Kollegen oft durchaus einig. Unsere Hoffnung waren die Eltern, die für ihre Kinder diese neue Schulform als sinnvoll ansahen. Aber wie gegen die massive Gegenpropaganda ankommen? Wir versuchten uns nun als Gesprächspartner für Elternversammlungen der 4. Schuljahre anzubieten, was meist schon an den voreingenommenen Elternvertretern scheiterte. Wir unterstützten Informationsveranstaltungen der Nachbarstadtteile bzw. -gemeinden. Schließlich richteten wir eine wöchentliche Elternberatung im AWO-Bürgerladen ein, die wir über die Presse ankündigten. Hier gelang es uns, in vielen Einzelgesprächen Eltern für die Gesamtschule so zu motivieren, dass sie jetzt die Arbeit der neuen Schule tatkräftig unterstützten. Am Ende der Osterferien organisierte unsere Initiative eine Studienfahrt für interessierte Lehrer und Eltern zu einer Hamburger Gesamtschule.

Würden genug Kinder angemeldet?

Aber immer noch blieb für uns das große Fragezeichen: **Wie viele Eltern würden ihre Kinder an der neuen Schule anmelden?** Von Seiten des Schulamtes war man von einer Dreizügigkeit ausgegangen, Bedingung des Ministeriums waren 60 Schüler/Innen. Und dann die spannenden Anmeldetage: 184 Anmeldungen! Der Elternwille hatte sich überdeutlich artikuliert. An dieser Stelle muss gesagt werden, dass all die anfallenden Probleme und Schwierigkeiten wettgemacht wurden von einem optimistischen Teamgeist zwischen Eltern, Initiativlern, dem nun schon kräftig in der Vorbereitung stehenden Gesamtschulkollegium und, nicht zu vergessen, der neuen Schulsekretärin.

Das Ziel war erreicht, aber die Arbeit für unsere Initiative nicht beendet. Für das Stadtteilstfest zur Kieler Woche bereiteten wir einen großen Info-Stand vor, der gleichzeitig die Möglichkeit des Kennenlernens bieten sollte. Denn das Einzugsgebiet der künftigen Schule war sehr umfangreich. Die Initiativmitglieder, soweit nicht selbst Eltern künftiger Gesamtschüler, traten als zahlende Mitglieder in den Schulförderverein ein, sie beteiligten sich aktiv an der Einrichtung der Schülerbücherei.

Die Toni-Jensen-Gesamtschule - heute die Toni-Jensen-Gemeinschaftsschule - ist inzwischen unbestrittene Realität. Bei Schülern wie Eltern anerkannt, genießt sie einen guten Ruf. Was uns noch nicht zufriedenstellt, ist die Zusammenarbeit mit der im gleichen Gebäudekomplex befindlichen Grundschule. Unser Ziel war von Anfang an für die bereits bestehende Ganztags-Grundschule ein Angebot zu schaffen, die bewährten Unterrichtsformen fortzuführen und den Schülerinnen und Schülern einen Übergang im gesamten Klassenverband zu ermöglichen. Dieser Idealfall konnte noch nicht erreicht werden, da die Vorurteile, besonders bei einigen der abgebenden Klassenlehrer gegen die Gesamtschule noch zu groß waren. Ziel bleibt aber, Ganztagsgrundschule und Gesamtschule allmählich zu einer immer größeren Einheit werden zu lassen, so wie wir das in der von uns besuchten Hamburger Schule erlebt hatten: Übergang ganzer Klassen ohne Bruch, ohne Auseinanderreißen der in vier Jahren zusammengewachsenen Gruppe.

Wir waren als Eltern, Lehrer und Politiker unseres Stadtteils mit unserer Initiative für unseren Stadtteil aktiv geworden. Das brachte uns am Anfang den Vorwurf der zu engen Sicht ein. Es war aber auch unsere Stärke; denn wir waren bei den Bürgern bekannt, und die Eltern vertrauten unserer Redlichkeit, auch wenn sie eine andere Meinung zur Gesamtschule hatten. So konnten wir uns ein wenig frei machen von dem politischen Kalkül.

Diese Herangehensweise müsste unserer Meinung nach auch von anderen Initiativen in noch stärkerem Maße geübt werden. Deshalb darf kein Stillstand in der Gesamtschulbewegung Schleswig-Holsteins eintreten.

Wir wünschen allen Initiativen den gleichen Erfolg, den wir uns hart erstritten haben!

† ***Ursula Tolkmit***

*Mitglied der Elterninitiative
und Mitarbeiterin im Ganztagsbereich*